Beilage 3914

Der Bayerische Ministerpräsident

München, den 25. Februar 1953

An den

Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags
München

Betreff:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung
der Dienststrafordnung

Auf Grund Beschlusses des Ministerrats vom 24. Februar 1953 unterbreite ich anliegend den vorbezeichneten Gesetzentwurf der Staatsregierung mit der Bitte um weitere verfassungsmäßige Behandlung.

(gez.) Dr. Ehard,

Bayerischer Ministerpräsident

*

Entwurf eines Gesetzes

zur Änderung der Dienststrafordnung

§ 1

In § 110 Abs. 1 der Dienststrafordnung vom 29. April 1948 (GVBl. S. 67) werden nach dem Wort „Finanzgerichte“ die Worte „die Arbeitsgerichte, die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit“ eingefügt.

§ 2

Art. 27 Abs. 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 6. Dezember 1946 (GVBl. 1947 S. 1) wird aufgehoben.

§ 3

Das Gesetz tritt am in Kraft.

*

Begründung

Die Dienststrafordnung vom 29. April 1948 (GVBl. S. 67) enthält in Bezug auf die richterlichen Beamten nur Vorschriften für die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Verwaltungsgerichte und der Finanzgerichte sowie für die Mitglieder des Rechnungshofs. Dagegen fehlt in der Dienststrafordnung eine Vorschrift über die Durchführung eines Dienststrafverfahrens gegen richterliche Beamte der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit.

1. Die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden bei den Arbeitsgerichten und beim Landesarbeitsgericht sind richterliche Beamte, die in ihrem Hauptamt eine richterliche Tätigkeit ausüben, für die gesetzliche Unabhängigkeit gewahrt ist. Nach § 19 Abs. 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 6. Dezember 1946 (GVBl. 1947 S. 1) haben sie für die Dauer ihres Amtes die Rechte und Pflichten richterlicher Beamter der Länder. Die Vorschriften der §§ 7—9 des Gerichtsverfassungsgesetzes gelten entsprechend.

Die in Art. 27 Abs. 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes unter gewissen Voraussetzungen vorgesehene Möglichkeit der Amtsenthebung von Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden von Arbeitsgerichten ist durchaus unzulänglich, weil diese Vorschrift der Vielfalt disziplinarer Notwendigkeiten nicht gerecht wird. Die Schwierigkeit, die der Bildung einer besonderen Disziplinarkammer für Arbeitsrichter entgegensteht, brachte es auch mit sich, daß sich diese an sich schon unzureichende Vorschrift bisher praktisch überhaupt nicht auswirken konnte. Es besteht auch kein Bedürfnis dafür, die richterlichen Beamten der Arbeitsgerichtsbarkeit dienststrafrechtlich anders zu behandeln als die sonstigen richterlichen Beamten.

2. Als Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit bestehen in Bayern die Spruch- und Beschluskammern der Oberversicherungsämter sowie die Spruch- und Beschlüssenate des Bayer. Landesversicherungsamts. Diese Gerichte sind besondere Verwaltungsgerichte, denen kraft Gesetzes die Rechtsprechung auf dem Gebiete der Sozialversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und -fürsorge sowie der Kriegsopferversorgung übertragen ist. Es handelt sich um gerichtliche Behörden, die sowohl in personeller als auch sachlicher Beziehung mit richterlicher Unabhängigkeit ausgestattet, d. h. nur dem Gesetz unterworfen sind und nach einem gesetzlich geregelten Prozeßverfahren, insbesondere unter Beachtung des Grundsatzes des rechtlichen Gehörs richterliche Entscheidungen treffen. In ihrer Willensbildung sind sie von Weisungen vorgesetzter Behörden unabhängig. Dies ergibt sich für die Spruch- und Beschlüssenate des Landesversicherungsamts aus Art. 5 Abs. 2 des Gesetzes Nr. 56 über die Errichtung eines Bayer. Landesversicherungsamts vom 2. September 1946 (GVBl. 1947 S. 11), wonach die Entscheidungen dieser Instanzen der sachlichen Nachprüfung durch das Arbeitsministerium entzogen und für alle Sozialversicherungsbehörden in Bayern bindend sind. Für die Spruch- und Beschluskammern der Oberversicherungsämter ergibt sich dies aus den Verfahrensbestimmungen der §§ 1675 ff., 1780 ff. RVO. in Verbindung mit der Verordnung über Geschäftsgang und Verfahren der Oberversicherungsämter vom 24. Dezember 1911 (RGBl. I S. 1095). Auch der Bayer. Verwaltungsgerichtshof hat in einer Entscheidung (Beschuß vom 8. Dezember 1952 — Az. 21 V 51) die Auffassung vertreten, daß die Oberversicherungsämter und das Bayer. Landesversicherungsamt im Spruch- und Beschußverfahren als Gericht tätig werden.

Auch ein beim Bundesministerium für Arbeit in Vorbereitung befindlicher Entwurf eines Gesetzes über die Sozialgerichtsbarkeit sieht als künftige Regelung die ausdrückliche Anerkennung der Sozialgerichte als „besondere Verwaltungsgerichte“ vor. Für die Rechtsstellung der Berufsrichter bei der Sozialgerichtsbarkeit sollen die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes gelten.

3. Die Voraussetzungen einer dienststrafrechtlichen Gleichbehandlung der richterlichen Beamten der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit mit den übrigen Richtern sind somit gegeben. Diese Angleichung geschieht zweckmäßigerweise durch eine entsprechende Ergänzung der Dienststrafordnung, wie sie in § 1 des vorliegenden Entwurfs vorgesehen ist. Art. 27 Abs. 1 des AGG. ist gleichzeitig aufzuheben. Art. VII des Kontrollratsgesetzes Nr. 21 steht der für die Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit vorgesehenen Regelung nicht entgegen.

Auf Grund der durch das vorstehende Gesetz in Verbindung mit § 110 Abs. 2 der Dienststrafordnung erteilten Ermächtigung wird sodann eine Verordnung erlassen werden, die der Verordnung über die Dienststrafgerichte in Verfahren gegen die richterlichen Beamten des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, der Verwaltungsgerichte und der Finanzgerichte und gegen die Mitglieder des Bayerischen Obersten Rechnungshofs vom 14. März 1951 (GVBl. S. 41) entspricht.